

aber nicht vergönnt war, dieses auszuführen, kann jene Betheiligung nur als eine Anerkennung meines guten Willens und meines Strebens, für des Landes Sicherheit zu sorgen, sowie mein Kaiser mir gebot, gelten. Für diese Anerkennung findet mein Herz keine Worte. Zu den Verpflichtungen alter Freundschaft wächst mir hierdurch eine theure zu. Vieles haben wir in der letzten Zeit erlebt; was uns noch in einer so bewegten Zeit zu erleben bevorsteht, dies läßt sich nicht bestimmen. Mögen was immer für Ereignisse eintreten, so lebt in mir die feste Ueberzeugung Tirol werde den Sinn, den es von den Vätern ererbt, den es in letzter Zeit wiederholt so kräftig bewies, stets bewahren, — mir aber werde gegeben sein, unter friedlichen oder stürmischen Verhältnissen zu beweisen, das ich in meinen Gesinnungen unverändert jener Liebe werth bin, die man mir in diesem Lande zeigte. Ein theures Andenken das, was durch des Kaisers Gnade dem Lande und durch dieses mir geworden. Empfangen Sie meinen Dank dafür und für die in Ihrem Schreiben ausgesprochenen Gesinnungen. Frankfurt a. M., 18 Novbr. 1849. Erzherzog Johann

Frankreich.

Paris, 6. Dec. Als die Kammer das im Art. 62 ausgesetzte Gehalt von 600,000 Frs. dem Präsidenten verdoppelte, wollten einige Rechtsgelehrte auf der äußersten Linken schon eine Verletzung der Constitution darin sehen, wiewohl der erste Theil des besagten Artikels einen Zuschuß zu den 600,000 Frs. voraussetzt und von einem solchen Zuschuß bei der Debatte über jenen Artikel ausdrücklich die Rede war. Wie dem aber auch sein mag. — Louis Napoleon hat den Urheber dieses Artikels bewiesen, daß sie von den Bedürfnissen eines Präsidenten der Republik Frankreich keine Ahnung hatten, denn er hat mehr als zwei Millionen über sein Gehalt ausgegeben. Das Budget des Elysee ist daher in keiner günstigeren Lage als das der Republik selbst; im Gegentheil, denn wenn die Staatsgläubiger noch Vertrauen in die Zahlungsfähigkeit der Republik setzen, scheint das Vertrauen der Gläubiger in die Zahlungsfähigkeit des Elysee zu wanken, da vorgestern einige Wechsel im Belaufe von 60,000 Frs. protestirt wurden. Da nun hierin der unzweideutigste Beweis liegt, daß der Präsident der Republik mit 1,200,000 Frs. jährlich nicht auskommen kann, so wird die Kammer gewiß einen Gesetz-Vorschlag auf entsprechende Erhöhung nicht zurückweisen, wiewohl sie bei der Ablehnung eines ähnlichen Vorschlages zu Gunsten des Vice-Präsidenten in Verdacht gerieth, als habe sie damit über Herrn Boulay (de la Meurthe) hinauszugehen wollen. Die Zeiten haben sich seitdem geändert: was die Majorität damals allgemein verurtheilte, hat jetzt die Bewunderung wenigstens eines Theiles derselben errungen. Man kann daher die Vorlage eines Gesetz-Vorschlages zu jenem Behuf mit Nächstem erwarten.

— Nach dem von Langrange der National-Versammlung überreichten Vorschlage sollen für das Jahr 1850 nicht bloß die Repräsentanten ein Drittel ihres Privateinkommens, sondern auch alle vom Staate besoldeten Personen, welche 2000 bis 9000 Frs. beziehen, 5 Procent und diejenigen, welche eine höhere Besoldung haben, ein Drittel derselben abgeben. Es versteht sich von selbst, daß der Vorschlag verworfen wird.

Prozeß Waldeck.

(Schluß.)

(Sitzung vom 3. Dec.) Erst um 9 1/4 Uhr beginnt die Verhandlung. Der Vorsitzende gibt dem Staatsanwalt das Wort. Derselbe richtet es zunächst an Ohm, hält ihm seine Verheuerungen

in der Voruntersuchung und den Widerspruch vor, daß er die damalige Aussage jetzt als lügenhaft bezeichne; — nach kurzer Ermahnung fordert er ihm bestimmt die Erklärung ab, wer die Briefe gemacht habe. Ohm protestirt heftig gegen das Verfahren des Staatsanwalts und erklärt seine Existenz für vernichtet, da er nur die Wahl habe, als Hochverräter oder Fälscher zu gelten. — Der Staatsanwalt weist die Thatsachen und Aussagen nach, welche Anklage und Untersuchung begründeten; die Briefe nennt er die Frucht eines Bubenstücks, die mündlichen Angaben Ohms unglaublich, und fordert die Geschwornen selbst auf, das Nichtschuldige über beide Angeklagten auszusprechen, so fern es sich um Mitwissenschaft eines Complots handle. Dagegen liege Grund vor, gegen Ohm und seine Complicen zu verfahren. Ohms Verteidiger versucht zu zeigen, daß sein Client ein Werkzeug in Anderer Hände gewesen, daß seine Schuld mehr dem Urtheil des Gewissens als eines Gerichtshofes zu überweisen, daß er endlich nach den stattgefundenen Darlegungen durch die Presse nicht verpflichtet gewesen sei, den Behörden Anzeige zu machen. Waldeck's Verteidiger sprach etwa eine Stunde unter der allgemeinsten Aufmerksamkeit; er schloß voraus, daß die Erklärung der Staatsanwaltschaft, so spät sie auch komme, ihm den größten Theil seiner Beweisführung erspare: geht dann zu Vorwürfen gegen die Staatsanwaltschaft über, daß sie eine Anklage ohne Fundament nicht habe fallen lassen. Die Schuld der Fälschung, deren Ohm überwiesen sei, sucht er zu Gödsche hinaufzuführen, den Ohm jedenfalls nicht habe täuschen, der Ohm nie für einen Hochverräter habe halten können, der es anzulegen gewußt, Ohm als Angeklagten, sich als Zeugen zu produciren. Er combinirt Gödsche's Schritte mit denen des Polizeipräsidenten, in Bezug auf den Ausschub der Haft (Nacht zum 14. Mai), und diesen mit der Verkündung des Kriegsgerichts am 14. Mai. Er sucht dann die Zeugenaussage über die sogenannte „Majoritätsnacht“ zu entkräften, und bestreitet schließlich auch d'Esters Schuld. Er fordert die Geschwornen auf, „über das Land hinaus ein Beispiel und der Verwaltung die Lehre zu geben, von Verfolgungen solcher Art abzustehen.“ — Die Haltung des Redners blieb gemäßigt, der Eindruck war unverkennbar. Nach ihm erhob sich Waldeck nur, um mit kurzen Worten zu versichern, die Aussicht, seinen Mitbürgern seine Unschuld völlig darzuthun, entschädige ihn für die Leiden der Haft: vertrauensvoll sehe er ihrem Spruch entgegen. Der Staatsanwalt weist die Beschuldigung des Verteidigers dann zurück und bezieht sich namentlich auf die mit der Staatsanwaltschaft übereinstimmenden Ansichten des Untersuchungsrichters und des Anklagenrats. Dorn replicirt kurz. Der Vorsitzende gibt hierauf ein höchst ausführliches Resümee der Verhandlung und schließt mit der Fragestellung, gleichlautend für Waldeck und Ohm: Ist der Angeklagte schuldig, nach zuverlässiger Kenntniß von dem Unternehmen des vormaligen Abgeordneten Dr. d'Esters, wie es in der Anklageacte bezeichnet ist, gerichtet auf Umsturz der Verfassung und gegen die Person des Staatsoberhauptes, Anzeige an die Behörden unterlassen zu haben? Die Geschwornen zogen sich nunmehr (1 1/4 Uhr) zurück. Nach einer Viertelstunde theilte der Vorsitzende den Spruch mit, der bei beiden Angeklagten lautete: nicht schuldig! Der Staatsanwalt kündigte eine sofort einzuleitende Untersuchung und Haft gegen Ohm an. Auf dem Markte waren zahlreiche Gruppen meist Wohlgekleideter versammelt. Einzelne Rufe hatten sich schon seit dem Bekanntwerden der Aufforderung des Staatsanwalts an die Geschwornen vernehmen lassen. Doch blieb die Menge übrigens ruhig. (3 Uhr.) G. 3.

Regelmäßige Post- & Packet-Schiffahrt

zwischen
Håvre und Nordamerika.

Die Schiffe der General-Agentur **Washington Finlay** fahren regelmäßig:
von **Håvre** nach **New-York** den 9., 19. und 29. eines jeden Monats;
" " " " " "**New-Orléans** an denselben Tagen.

Damit in Verbindung gehen die Züge unter Führung von Condukteuren:
Von **Cöln** den 3., 12. und 23. über **Paris** nach **Håvre** ab.

Die Ueberfahrt von **Håvre** geschieht durch schnellsegelnde Dreimasterschiffe erster Klasse, deren zweckmäßige innere Einrichtung und pünktliche Abfahrt rühmlichst bekannt sind.

Die Beförderung der Auswanderer und ihres Gepäcks, sowie die Affecuranz des letzteren wird von Cöln aus übernommen durch die unterzeichnete Agentur des Herrn **Washington Finlay**.

Albert Heimann,

Friedrich-Wilhelmstraße No. 3 und 4 in Cöln

Nähere Auskunft erteilt und ist bevollmächtigt, Schiffsverträge abzuschließen:
Baderborn, im December 1849.

Junfermann'sche Buchhandlung.

Verantwortlicher Redakteur: J. G. Pape.

Druck und Verlag der Junfermann'schen Buchhandlung.